

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 38 (2011)

DOI: 10.11588/fr.2011.0.45015

---

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectiva.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KONRAD H. JARAUSCH

## DEMOKRATIE IN DER GLOBALISIERUNG

### Zeitgeschichte als Historisierung der Gegenwart

Noch immer boomt die Zeitgeschichte in Erinnerungskultur und Wissenschaft<sup>1</sup>. Ausstellungen wie die des Deutschen Historischen Museums über »Hitler und die Deutschen« ziehen zahlreiche Besucher an, Einrichtungen wie das DDR-Museum an der Spree setzen neue Publikumsrekorde, Filme wie »Das Leben der Anderen« gewinnen internationale Preise, Fernsehserien wie »Schicksalsjahre« erreichen hohe Einschaltquoten und sogar von Monographien wie »Das Amt« werden zehntausende von Exemplaren verkauft<sup>2</sup>. Diese ungebrochene Popularität zeithistorischer Themen ist verständlich, denn sie ist eine Reaktion auf ein gesellschaftliches Orientierungsbedürfnis, das von der Erkundung der eigenen Familiengeschichte bis hin zur Rechtfertigung von politischen Entscheidungen reicht. Obwohl viele Zeithistoriker dieses Interesse an ihren Forschungen begrüßen, ist es nicht ganz ungefährlich: Die Risiken einer solch großen Nachfrage sind kommerzielle Vermarktung, ideologische Instrumentalisierung und inhaltliche Selbstreferentialität.

Die klassische Zeitgeschichte von 1917 bis 1945 steht weiterhin im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, weil sie die dramatischen Weltkriege und die NS-Verbrechen behandelt. Hervorgegangen aus den Auseinandersetzungen um die Kriegsschuldfrage, wurde sie nach der zweiten Niederlage zu einem zentralen Anliegen der Umerziehung seitens der Alliierten sowie der deutschen Demokraten. Zunächst suchte sie die Ursachen der nationalsozialistischen Machtergreifung zu ergründen, dann weitete sie sich auf die Erklärung der Strukturen und Maßnahmen des Dritten Reichs aus und entwickelte schließlich eine Sensibilisierung für Vernichtungskrieg und Rassenmord, die gemeinhin mit dem amerikanischen Etikett Holocaust bezeichnet werden. Dabei löste die Forschung das simplifizierende Täter-Opfer-Schema ab, indem sie immer mehr die Beteiligung »ganz normaler Männer« in Deutschland und Ostmitteleuropa erkundete. Die ältere Zeitgeschichte bleibt zwar wichtig als Warnung vor mörderischem Rassismus, riskiert aber zunehmend eine metahistorische Moralisierung<sup>3</sup>.

In den Jahrzehnten der Nachkriegszeit hat sich darüber hinaus eine neuere Zeitgeschichte entwickelt, die durch die »friedliche Revolution« nunmehr als abgeschlossene Epoche zwischen 1945 und 1989 erscheint. Aufgrund der »unverhofften Einheit« beschäftigt sie sich besonders mit der Entwicklung der SED-Diktatur und analysiert die Ursachen ihres Scheiterns im Systemwettbewerb. Die große Anzahl von Qualifizierungsarbeiten und populären Dar-

1 Horst MÖLLER, Udo WENGST (Hg.), Einführung in die Zeitgeschichte, München 2003; Gabriele METZLER, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 2004; Michael FRÖHLICH, Zeitgeschichte, Konstanz 2009.

2 Eckart CONZE, Norbert FREI, Peter HAYES, Mosche ZIMMERMANN, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

3 Dirk van LAAK, Der Platz des Holocaust im deutschen Geschichtsbild, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien deutscher Nachkriegsgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 163–193; vgl. Norbert FREI (Hg.), Martin Broszat, Der »Staat Hitlers« und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007.

stellungen baut auf der unerhörten Menge von zugänglich gewordenen Dokumenten der DDR-Regierung, der Partei und der Staatssicherheit auf; nicht zuletzt, um das Paradox der jahrelangen Stabilität und des plötzlichen Zusammenbruchs der zweiten deutschen Diktatur zu erklären. Dabei reagiert sie auf das Bedürfnis der Aufklärung von repressiven Strukturen wie auf die Erinnerung an Alltagserfahrungen der ostdeutschen Bürger. Verständlicher Weise ist das Publikumsinteresse in den neuen Bundesländern wesentlich stärker als im Westen des Landes. Die Gefahr eines enthüllenden Ansatzes ist die Skandalisierung der Inhalte und die Verinselung der Erklärungen<sup>4</sup>.

Obwohl die westdeutsche Entwicklung oft als positiver Vergleichsmaßstab gegenüber der DDR dient, scheint das Interesse an ihrer Erforschung schwächer ausgeprägt zu sein. Bei einigen, früher kritischen Autoren der westdeutschen Linken ist im Nachhinein fast so etwas wie eine Nostalgie für die alte Bundesrepublik entstanden, da diese vergleichsweise zivil und harmlos agierte. Jedoch vereinfacht eine konservative Erfolgsgeschichte die Entwicklung des Westens in ebenso unzulässiger Weise, da sie ihre Konfrontationen und Krisen bagatellisiert, indem sie den Mythos eines guten Anfangs unter Adenauer zelebriert. Dadurch gerät der schwierige Verlauf der »inneren Demokratisierung« aus dem Blick, werden die zahlreichen Konflikte um die Ausweitung der parlamentarischen Demokratie durch die Einführung partizipatorischer Elemente im Gefolge von 1968 übergangen, ganz zu schweigen vom Beitrag der Sozialdemokratie zur Überwindung autoritärer Verhaltensweisen<sup>5</sup>. Die Betonung von Demokratie als normativer Kategorie erschwert daher das Verständnis von Demokratisierung als historischem Prozess.

Die Periodisierung in ältere und jüngere Zeitgeschichte blockiert jedoch den Blick auf die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte, die eine andere Dynamik besitzen. Aus der Perspektive des Umbruchs von 1989/90 kann man zwar einen Teil der daran anknüpfenden Ereignisse als eine »Nachgeschichte« verstehen, die ihre Folgen analysiert. Aber diese Retrospektive behindert die Wahrnehmung von neuen Herausforderungen, die eine »Vorgeschichte der Gegenwart« benötigen<sup>6</sup>. Da die Sozialwissenschaften sich meist mit noch gegenwartsnäheren Fragen beschäftigen, sind diese zwei Jahrzehnte, die noch nicht als Geschichte wahrgenommen werden, sozusagen dabei, zwischen die Stühle der Disziplinen zu fallen. Wenn Historiker bei der Diskussion über die Probleme der neuesten Vergangenheit mitreden wollen, müssen sie endlich den Hinweis von Hans-Peter Schwarz aufnehmen und eine dritte, »jüngste Zeitgeschichte« etablieren, die sich mit den Jahren seit der Vereinigung beschäftigt<sup>7</sup>. Wie könnte eine solche »Geschichte der Gegenwart« aussehen?

### Nachgeschichte des Umbruchs

Obwohl der wachsende Abstand die Zahl der Zeitzeugen verringert, wird auch eine Gegenwartsgeschichte weiterhin von der Grundvoraussetzung einer Auseinandersetzung mit den

- 4 Ulrich MÄHLERT (Hg.), *Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten*, Berlin 2002; vgl. Martin SABROW (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009.
- 5 Arnd BAUERKÄMPER, Konrad H. JARAUSCH, Markus PAYK (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005.
- 6 Begriffe von Hans-Günter HOCKERTS, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98–127.
- 7 Hans-Peter SCHWARZ, *Die neueste Zeitgeschichte. Muss der Begriff Zeitgeschichte neu definiert werden?*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51 (2001), S. 5–28; vgl. die weiterführenden Anregungen von Martin SABROW, *Die Zeit der Zeitgeschichte. Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität*, 30. Juni 2010.

Folgen des Nationalsozialismus ausgehen müssen. Die schwer erarbeitete Anerkennung der NS-Verbrechen nach partieller Verdrängung bleibt das moralische Fundament für jede deutsche Beschäftigung mit dem 20. Jahrhundert. Wissenschaftlich ist sie als inhaltliche und methodische Vergleichsfolie für die SED-Diktatur wichtig und in der öffentlichen Erinnerungskultur ist sie durch zahlreiche Gedenkstätten ein Eckstein des deutschen Geschichtsbewusstseins geworden. Bei den Intellektuellen kann man hinsichtlich der Sensibilisierung für die Shoah sogar von einer Art »politischer Religion« sprechen, während der Holocaust in der Politik so etwas wie eine Staatsraison der Bundesrepublik geworden ist. Daher läuft das Dritte Reich auch nicht Gefahr durch das Gedenken an die »friedliche Revolution« überschattet zu werden<sup>8</sup>.

Relevanter für ein Verständnis der letzten beiden Jahrzehnte ist jedoch die Analyse der Konsequenzen des Umbruchs, der durch den unerwarteten Sturz des Kommunismus hervorgerufen wurde. Überraschend schnell haben sich die Ereignisse von 1989/90 als eine neue Zäsur in historischen Darstellungen durchgesetzt, auch wenn oder vielleicht sogar weil ihre Bedeutung umstritten ist. Dabei hat sich die anfängliche Hoffnung, in eine Periode der *post-histoire*, also eine nachhistorische Epoche eingetreten zu sein, schnell wieder verflüchtigt, da die postkommunistische Transformation selbst neue Geschichten geschrieben hat. Stattdessen haben entgegen der These eines Kollaps des Kommunismus von oben die Feiern zum zwanzigsten Jahrestag die Version einer »friedlichen Revolution« von unten in den Vordergrund gestellt, die zu einem Gründungsmythos der erweiterten Bundesrepublik zu werden scheint, weil sie den Deutschen endlich eine revolutionäre Begründung der Demokratie liefert<sup>9</sup>.

Die Zäsur von 1989/90 ist so schnell akzeptiert worden, weil ihr multiple Bedeutungen zugeschrieben werden können, die die Überwindung von einer Reihe von Konflikten signalisieren. Zunächst einmal geht es dabei um den Sturz derjenigen kommunistischen Diktaturen in der DDR und in ganz Ostmitteleuropa, die seit den späten 1940er Jahren diese Region beherrscht hatten. Damit verbunden ist das Ende der deutschen Teilung und die Wiederherstellung eines geschrumpften und demokratisierten Nationalstaats mit akzeptierten Grenzen in der Mitte Europas. Der Fall der Mauer und die Aufhebung des Eisernen Vorhangs sind auch die Voraussetzung für die Wiederanbindung des östlichen Mitteleuropas an die westlichen Entwicklungen wie die europäische Integration in der EU. Die Auflösung der Sowjetunion ist gleichzeitig die Ursache für das Ende des Kalten Krieges und des nuklearen Wettrüstens...<sup>10</sup> Diese Entwicklungen haben Europa reterritorialisiert und die Weltpolitik grundlegend verändert.

Für Deutschland selbst bleibt das Verhältnis zwischen dem »demokratischen Aufbruch« im Herbst 1989 und der staatlichen Wiedervereinigung vom Oktober 1990 umstritten. Obwohl die Oppositionsgruppen, die die Massendemonstrationen organisiert hatten, auf die Demokratisierung des Sozialismus in einer reformierten DDR abzielten, war es eher die sogenannte schweigende Mehrheit der ostdeutschen Bürger selbst, die nach der Maueröffnung für die Wiederherstellung der Einheit als kürzestem Weg zu Wohlstand und Freiheit demonstrierte. Auf dieser Grundlage konnte die Regierung von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher eine aktive Wiedervereinigungspolitik betreiben, die von den Wahlen im März 1990 deutlich

8 Peter REICHEL, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001; vgl. Harald WELZER, Sabine MOLLER, Karoline TSCHUGGNALL (Hg.), »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

9 Lutz NIETHAMMER, Dirk VAN LAAK, *Posthistoire. Has History Come to an End?*, London 1992; vgl. Herfried MÜNKLER, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009.

10 Eckart CONZE, Katharina GAJDUKOWA and Siegrid KOCH-BAUMGARTEN (Hg.), *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*, Köln 2009; und Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), *Revolution und Vereinigung. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009.

bestätigt wurde. Zwar wird die internationale Durchsetzung zu westlichen Bedingungen generell als ein diplomatisches Meisterstück anerkannt, aber der Beitritt der neuen Länder war auch gleichbedeutend mit dem Überstülpen des westlichen Systems auf den Osten<sup>11</sup>. Viele der Folgeprobleme hängen mit dieser Form der Vereinigung zusammen.

Die Debatte um den Stand der »inneren Einheit« kann als Reaktion auf die Konsequenzen der Vereinigung verstanden werden, die sich als überraschend problematisch erwiesen. Zwar ging die Einpassung der neuen Bundesländer in die etablierten Strukturen des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie relativ reibungslos vonstatten. Aber die doppelte Umstellung von Plan- auf Marktwirtschaft und von internationaler Abschottung auf globalen Wettbewerb löste eine drastische Vereinigungskrise aus, die die ostdeutsche Industrie weitgehend vernichtete und eine hohe Massenarbeitslosigkeit hervorrief. Auch die Umstellung von kollektiven Verhaltensweisen zu individueller Verantwortung in einer kompetitiven Gesellschaft verlangte erhebliche Anstrengungen, während die Konzentration der öffentlichen Debatte auf die Delegitimierung der SED-Diktatur als Abwehrreflex der Entwertung des eigenen Lebens eine gewisse Ostalgie hervorrief. Dieses Bündel unerwarteter Probleme dominiert die Bilanzen der Vereinigung<sup>12</sup>.

Die lebhaften politischen und wissenschaftlichen Diskussionen demonstrieren, dass ein erheblicher Teil der Geschichte seit 1990 als Schilderung der Vereinigungsfolgen geschrieben werden kann. Unter den großen Parteien ist vor allem strittig in wie weit die vorangegangene Ostpolitik von Willy Brandt oder die operative Vereinigungspolitik von Helmut Kohl für den Erfolg verantwortlich zu machen sind. Daneben gibt es eine intensive Debatte über die Fehler der Vereinigung, die sich vor allem auf wirtschaftliche Entscheidungen wie den Umtauschkurs oder die Privatisierung der Treuhandanstalt bezieht, im akademischen Bereich aber auch die Abwicklung von Institutionen und die Entlassung von Personen kritisiert. Je nach weltanschaulicher Ausrichtung machen Kommentatoren für die Vereinigungsprobleme entweder das verrottete Erbe der DDR oder das kolonialisierende Vorgehen der Bundesrepublik verantwortlich<sup>13</sup>. Auch die Beschäftigung mit den Fortschritten der Einheit sieht die letzten Jahrzehnte vor allem aus diesem retrospektiven Blickwinkel.

Eine erste Herausforderung für die jüngste Zeitgeschichte ist daher eine kritische Darstellung der Vereinigung und ihrer praktischen Folgen. Ein differenzierender Ansatz sollte sich ebenso vor einem falschen westlichen Triumphalismus wie vor einer irreführenden östlichen Larmoyanz hüten<sup>14</sup>. Zur Gewinnung von analytischer Distanz ist es zunächst notwendig, sich zu vergewissern, wie weit sich die beiden deutschen Staaten vor 1989 auseinandergelebt hatten, denn viele der in der Folge auftretenden Schwierigkeiten hatten ihren Ursprung in der Unterschätzung der Tiefe der Teilung. Dann wäre es wichtig, das kleine außenpolitische Fenster und den rapiden Verfall der DDR zu rekonstruieren, die eine Vereinigung auf gleicher Augenhöhe verhindert haben. Schließlich sollten die ostdeutschen Veränderungen mit den Problemen der Transformation der anderen ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten verglichen werden, um dadurch die Vor- und Nachteile einer Rekonstruktion von außen sichtbar zu machen.

- 11 Erhard NEUBERT, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008; Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009.
- 12 Klaus SCHROEDER, *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, München 2006; Konrad H. JARAUSCH, *Wächst zusammen, was zusammen gehört? Prozesse und Probleme der deutschen Vereinigung*, erscheint in einem Sammelband hg. von A. TIMM.
- 13 Richard SCHROEDER, *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*, Freiburg 2007.
- 14 Andreas RÖDDER, *Deutschland, einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009 versus Daniela DAHN, *Wehe dem Sieger! Ohne den Osten kein Westen*, Reinbek 2009.

## Vorgeschichte der Gegenwart

Wegen ihrer Fixierung auf die Zäsur von 1989/90 sind deutsche Historiker bisher nur schleppend auf die neuen Entwicklungen eingegangen, die sich in den beiden Jahrzehnten danach ergeben haben. Die historische Bearbeitung der deutschen Teilung und ihrer Überwindung war zu selbstzentriert, um den Blick für breitere, alle entwickelten Industriegesellschaften betreffenden Problemstellungen zu schärfen. Die Sozialwissenschaften benötigten ebenso relativ viel Zeit, um sich von der Transformationsforschung zu verabschieden und sich auf andere Fragestellungen einzulassen. Auch in der Politik ist die unterschwellige Erwartung, dass mit der Vereinigung alle wichtigen Probleme gelöst sein würden, schnell enttäuscht worden, denn sie wurde bald mit damit nicht zusammenhängenden Ereignissen konfrontiert, auf die ältere Rezepte keine Anwendung mehr fanden. Die ersten Überblicksdarstellungen zur Zeit nach der Vereinigung verraten daher eine gewisse Ratlosigkeit, wie mit dieser Epoche umzugehen ist<sup>15</sup>.

Eine Reihe von neuen Herausforderungen haben Politiker wie Wissenschaftler in der Zeit nach 1990 verunsichert, da sie ihren Erwartungshorizont sprengten. In der Außenpolitik waren es die Forderungen nach Übernahme neuer Verantwortung, die den bundesrepublikanischen Habitus obsolet machten, wirtschaftlich wie ein Riese, diplomatisch aber wie ein Zwerg aufzutreten. Im ersten Irak-Krieg konnte sich Helmut Kohl noch mit der Neuheit der Situation entschuldigen, aber im zweiten Nahostkonflikt setzte Gerhard Schröder die transatlantischen Beziehungen aufs Spiel, als er sich weigerte am Präventivkrieg gegen Saddam Hussein teilzunehmen<sup>16</sup>. In der Innenpolitik waren es vor allem Probleme des schwachen Wachstums, der Dauerarbeitslosigkeit, der Reform des Sozialstaats und des Umgangs mit Migration, welche neue Lösungen verlangten. Statt in einer glücklichen Zukunft anzukommen, fanden sich die Bundesbürger plötzlich in einer »Risikogesellschaft« wieder<sup>17</sup>.

Ein intellektueller Ausdruck dieser Unsicherheit war die Debatte über die »Berliner Republik«, in der sich Ängste wie Hoffnungen zugleich bündelten. Diese vom Publizisten Johannes Gross angestoßene Diskussion beschäftigte sich Mitte der neunziger Jahre mit den möglichen Konsequenzen der Verlagerung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin im negativen wie im positiven Sinne. Kritiker des Hauptstadtbeschlusses fürchteten den machtpolitischen Schatten des Kaiserreichs und des Dritten Reichs, während seine Verteidiger auf die größere Weltläufigkeit einer Metropole im Vergleich zu einer westdeutschen Universitätsstadt setzten<sup>18</sup>. Wie so oft war die Realität prosaischer, denn obwohl das Parlament dadurch näher an die ostdeutschen Stätten der Transformation heranrückte, zeigte die Kultur der politischen Klasse auch nach dem Umzug an die Spree eine erstaunliche Kontinuität. Die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die Formulierung deutscher Nationalinteressen sowie die Versuche zur Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit waren daher ein eher gradueller Prozess.

Der fundamentale Strukturwandel, der hinter vielen anderen Problemen stand, war ein unvorhergesehenes Resultat der sich intensivierenden Globalisierung. Verdeckt durch die Folgen der europäischen Integration, kam dieser Begriff erst Mitte der 1990er Jahre in die Diskussion der deutschen Öffentlichkeit. Dies bezog sich auf eine Verstärkung des Warenaus-

15 Manfred GÖRTEMAKER, *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*, Berlin 2009; Konrad H. JARAUSCH, *Anfänge der Berliner Republik*, in: Ulf DIRLMEIER et al., *Kleine Deutsche Geschichte*, Stuttgart 2006, S. 477–510.

16 Helga HAFTENDORN, *Coming of Age. German Foreign Policy since 1945*, Lanham/MD 2006; vgl. Joschka FISCHER, »I am not convinced«. *Der Irak-Krieg und die rot-grünen Jahre*, Köln 2011.

17 Ulrich BECK, *World at Risk*, Cambridge 2009.

18 Johannes GROSS, *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1995.

tauschs und der Kommunikation seit den 1970er Jahren, die den Übergang zu einer hochtechnologisierten Dienstleistungsgesellschaft beschleunigte. Dieser Strukturwandel verlagerte die fordistische Massenproduktion nach Asien, so dass eine Reihe von Sektoren wie Textilherstellung, Kohle- und Stahlproduktion, Schiffbau aber später auch die Herstellung von Kameras und Unterhaltungselektronik aus Europa verschwanden und Regionen wie das westdeutsche Ruhrgebiet oder das ostdeutsche Chemiedreieck weitgehend entindustrialisiert wurden. Die Folgeprobleme von Massenarbeitslosigkeit, Überdehnung des Sozialstaats und Intensivierung der Migration waren gravierend<sup>19</sup>.

Da die doppelte Nachkriegsgeschichte solche neuen Entwicklungen nicht erklären kann, verlangt ihre Historisierung die Erarbeitung von eigenständigen Vorgeschichten, um die Ursprünge der Probleme der Gegenwart sichtbar zu machen. So geht die Blockierung der Chancengleichheit im Bildungssystem auf das Steckenbleiben der 68er-Reformen zurück, öffentlich anerkannt wurde sie aber erst durch die enttäuschenden Ergebnisse des PISA-Vergleichs, der einen hektischen Aktionismus auslöste<sup>20</sup>. Auch die Strukturprobleme des unterfinanzierten Hochschulsystems wurden schon diskutiert, bevor es auf die neuen Bundesländer übertragen wurde. Aber erst durch das Bologna-Programm und die Einführung des Bachelors wurde die Reform der Universitäten zu einem Politikum, das Innovationsimpulse wie die Exzellenz-Initiative hervorbrachte. Beide Beispiele zeigen eine Verdichtung von Problemen, die nicht durch die Vereinigung verursacht wurden, aber in der Folge eine deutlich dringendere Qualität entwickelten<sup>21</sup>.

Die Suche nach eigenen Vorgeschichten relativiert die politische Zäsur von 1989 dadurch, dass sie soziale, ökonomische oder kulturelle Entwicklungen betont, die schon in den 1970er Jahren begonnen haben. So hat zum Beispiel das Altern der Gesellschaft einen demographischen Hintergrund, der sowohl mit der Verlängerung der Lebenserwartung, als auch mit dem drastischen Rückgang der Geburtenrate unter die Selbstreproduktion zusammenhängt. Um jedoch diesen letzten Punkt verstehen zu können, muss man sich mit der Veränderung des Sexualverhaltens, der Verbreitung der Pille und dem Wertewandel insgesamt auseinandersetzen<sup>22</sup>. Um die Abwendung vom Keynesianismus und den Aufstieg des Neoliberalismus zu analysieren, sollte man sich mit den wirtschaftspolitischen Debatten seit den Ölkrisen beschäftigen. Dadurch kommt der »Strukturbruch« der 1970er Jahre immer stärker in den Blick, weil sich in dieser Zeit wichtige Veränderungen beschleunigten, die zum Ursprung späterer Probleme wurden<sup>23</sup>.

Die zweite Herausforderung für die jüngste Zeitgeschichte besteht deshalb darin, die Eigenlogik der neuen Entwicklungen seit 1990 anzuerkennen und dafür adäquate Vorgeschichten zu entwickeln. So waren der Strukturwandel in der Industrieproduktion und die Verlagerung der Weltwirtschaft langfristige Prozesse, die sich seit den 1970er Jahren so rapide intensivierten, dass die Planwirtschaft ihnen nicht mehr folgen, die Marktwirtschaft sich jedoch noch anpassen konnte. Die Debatte über den internationalen Terrorismus suggeriert, dass der 11. September 2001 ein ebenso wichtiger weltpolitischer Einschnitt wie 1989/90 war, denn aus ihm sind zwei Kriege, im Irak und in Afghanistan, hervorgegangen, von den Verschärfungen der inneren

19 Jürgen OSTERHAMMEL, Niels PETERSON, *Globalization. A Short History*, Princeton 2005.

20 Bernhard PAYK, *Deutsche Bildungspolitik nach dem PISA-Schock. Wie die Bundesländer auf die Legitimationskrise des Schulsystems reagieren*, Hamburg 2009.

21 Michel GRÜTTNER et al. (Hg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

22 Dagmar HERZOG, *Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth Century Germany*, Princeton 2005.

23 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Lutz RAPHAEL, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Konrad H. JARAUSCH (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

Sicherheitsgesetze und den kulturellen Auseinandersetzungen mit dem Islam ganz zu schweigen. Nur ist wegen der Offenheit dieser Periode zur Gegenwart noch nicht klar, auf welchen gemeinsamen Nenner diese verwirrenden Ereignisse gebracht werden können<sup>24</sup>.

### Inhaltliche Neuausrichtung

Da die einfache Feststellung eines wachsenden zeitlichen Abstands zu 1990 allein nicht genügt um eine Gegenwartsgeschichte zu rechtfertigen, ist auch eine thematische Neuausrichtung notwendig. Dazu müssen aus der großen Vielfalt der in den Medien diskutierten Themen einige ausgewählt werden, anhand derer sich zentrale Fragen hervorheben lassen. Ein erstes Problem, das seit dem Bericht des Club of Rome Anfang der 1970er Jahre auf der Tagesordnung steht, ist die Nachhaltigkeit der Entwicklung. Die Debatte um den *peak oil*, das heißt den Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist, thematisiert die Endlichkeit der Energieresourcen. Die Diskussion um den Klimawandel infolge der Erderwärmung dreht sich um die Sicherung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen. Der Streit um Emissionsgrenzen beinhaltet auch eine Komponente des Nord-Süd-Konflikts insofern, als sich die großen Entwicklungsländer weigern, ihr Wachstum einzuschränken ... Eine Umweltgeschichte, die Fragen wie den Ausstieg aus der Atomkraft behandelt, ist noch nicht in der Zeitgeschichte angekommen<sup>25</sup>.

Ein weiteres Thema, das durch Proteste von »Wutbürgern« gegen administrative Entscheidungen wie »Stuttgart 21« dramatisiert wird, ist die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie. Im Gegensatz zur dominierenden Abarbeitung an den beiden Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts wäre zu erklären, warum die Demokratie schließlich den Wettbewerb der Ideologien gegen die Diktaturen gewonnen hat. Erstaunlicherweise haben Historiker dieses Thema etwas vernachlässigt, was damit zusammenhängen dürfte, dass es zu oft normativ angegangen und statisch abgehandelt wird, und dass die Durchsetzung der Demokratie nicht als ein mit Konflikten aufgeladener Prozess verstanden wird<sup>26</sup>. Auch in den Gedenkstätten wird die Freiheit meist *ex negativo*, das heißt durch das abschreckende Bild der totalitären Repression, nicht aber durch ihre eigene Anziehungskraft gerechtfertigt. Während die Beschäftigung mit den Diktaturen von einem gewissen »Gruseffekt« profitieren kann, erscheint die Untersuchung von Demokratie eher langweilig<sup>27</sup>.

Dabei hat die Demokratie im deutschen Sprachraum eine spannende Geschichte von Niederlagen und Erfolgen aufzuweisen, mit der sich auseinanderzusetzen lohnt. Oft werden die Tradition der städtischen Selbstverwaltung im Mittelalter oder der fehlgeschlagene revolutionäre Anlauf von 1848 ganz vergessen. Auch die Weimarer Republik erscheint weniger als kühner Versuch der Demokratisierung denn als zum Scheitern verdammtes Experiment. Die »geschenkte Demokratie« Westdeutschlands der Nachkriegszeit musste erst ihre autoritäre Kanzlerfixierung überwinden und die innere Unterstützung der Bevölkerung gewinnen. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen mit der Demokratisierung der Gesellschaft von 1968 und der Ausweitung von Partizipation in den Neuen Sozialen Bewegungen waren weitere Schritte der Demokratieentwicklung im Westen. Schließlich gehört auch die Bürgerbewegung der friedlichen Revolution in der DDR zu dieser Erweiterung der Selbstbestimmung<sup>28</sup>.

24 Im Gegensatz zu Martin SABROW, *Zäsur und Zeitgeschichte*. Der 9. November 1989 und der 11. September 2001, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2010.

25 Christof MAUCH (Hg.), *Nature in German History*, New York 2004; Franz-Josef BRÜGGEMEIER, *Natur und Umweltschutz seit 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a. M. 2005.

26 Margret ANDERSON, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.

27 Mark MAZOWER, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, London 1999; Bernard WASERSTEIN, *Barbarism and Civilization. A History of Europe in our Time*, New York 2007.



Eine problematisierende Demokratiegeschichte muss über die hagiographische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik hinausgehen und die mit ihrer Entwicklung verbundenen Konflikte und Gefährdungen stärker in den Blick nehmen. Allein das Scheitern der Anläufe in den Jahren 1849 und 1933 sollte vor einem flachen Determinismus warnen. Auch die ostdeutsche Vereinnahmung des Begriffs der Volksdemokratie durch die diktatorische Praxis des »demokratischen Zentralismus« müsste jeden Automatismus verhindern. Dagegen waren im Westen erst wirtschaftlicher Erfolg und soziale Absicherung notwendig, bevor die parlamentarische Regierungsform auf einem soliden Fundament öffentlicher Unterstützung aufbauen konnte. Die Versuche der partizipatorischen Ausweitung durch lokale Protestbewegungen oder engagierte Minderheiten deuten auf noch ungelöste Fragen der Bürgerbeteiligung bei grundlegenden Entscheidungen hin. Aus historischer Perspektive ist die Demokratie daher als ein dynamischer Konfliktprozess zu verstehen<sup>29</sup>.

Eine besondere Problematik, mit der Demokratien seit einer Generation konfrontiert sind, ist die Globalisierung, über die mehr geredet als empirisch geforscht wird. Natürlich haben weltweiter Warenaustausch, Verkehr und Kommunikation ihre eigene Vorgeschichte, die einen ersten Höhepunkt der Verflechtung im Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg erreicht hatte<sup>30</sup>. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Effekte dieser Verflechtung zunächst durch den Prozess der europäischen Integration verdeckt, der in der Bundesrepublik als Chance gesehen wurde, weitere Absatzmärkte für Industrieprodukte zu finden, während die DDR hinter dem Eisernen Vorhang durch den Tauschhandel mit den RGW-Mitgliedsstaaten abgeschottet war. Aber seit der Ölkrise der 1970er Jahre intensiviert sich der internationale Wettbewerb und wurde der europäische Markt mit billigen Waren überschwemmt, die die eigene Massenproduktion ruinierten. Nur mit enormen Anstrengungen konnten Firmen wie Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit in einzelnen Sektoren behaupten<sup>31</sup>.

Für den Historiker der Gegenwart bietet die Globalisierung eine nicht enden wollende Palette spannender Themen, deren Erforschung notwendig ist, wenn sie nicht aus der gesellschaftlichen Diskussion verabschiedet werden wollen. Einerseits geht es dabei um die ökonomischen Zusammenhänge des Austauschs, der Verlagerung von Produktion und der technischen Innovation; dazu gehören auch die Folgen für veränderte Arbeitsbilder, erweiterte Konsummöglichkeiten und verstärkte Kommunikation sowie ein intensivierter Tourismus. Andererseits handelt es sich um transnationale Problemkonstellationen wie die globale Klimaerwärmung, die Aufrechterhaltung von Menschenrechten oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Fragestellungen wie das Problem der Migration manifestieren sich zwar auf lokaler Ebene, benötigen aber transnationale Ansätze, um ihre Ursachen, Prozesse oder Folgen in den Griff zu bekommen. Die entstehende Globalgeschichte kann dazu bisher nur ganz vorläufige Antworten bieten<sup>32</sup>.

28 Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, München 2000, ist ein solcher Versuch, der aber durch den undefinierten Begriff des Westens problematisch erscheint.

29 Siehe die zahlreichen Quellenbände und Monographien, die von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus herausgegeben worden sind. Allerdings haben sie es kaum geschafft, das Thema der Demokratisierung interessant zu machen.

30 Jürgen OSTERHAMMEL, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009; Sebastian CONRAD, *Globalization and the Nation in Imperial Germany*, Cambridge 2010.

31 Die wirtschaftshistorischen Forschungen zu diesem Strukturwandel stehen noch relativ am Anfang; vgl. André STEINER, *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?*, in: JARAUSCH (Hg.), *Das Ende der Zuversicht?* (wie Anm. 23), S. 29–48.

32 Michael GEYER, Charles BRIGHT, *World History in a Global Age*, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 1034–1060; Matthias MIDDELL, Ulf ENGEL (Hg.), *Theoretiker der Globalisierung*, Leipzig 2010.

Eine dritte Herausforderung der Gegenwartsgeschichte ist daher das Verhältnis von Demokratie und Globalisierung, das heißt die Frage nach der Steuerung sozio-ökonomischer Wandlungsprozesse. Noch ist nicht entschieden, ob politische Selbstbestimmung eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung komplexer *high-tech*-Volkswirtschaften bildet. Auch bleibt es unklar ob Bürgerbeteiligung zur Kontrolle über das eigene Leben, die eigene Umwelt und die eigene Arbeit unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs überhaupt noch möglich ist und wie sie gestaltet werden kann. Die Finanzkrise von 2008 war nur das letzte Beispiel dafür, dass der Kapitalismus gezähmt werden muss, nicht allein um sich nicht selbst zu zerstören, sondern vielmehr um durch seine Dynamik eine lebenswerte, solidarische Gesellschaft hervorzubringen<sup>33</sup>. Bei Grundfragen wie der Euro-Krise durch Überschuldung einzelner EU-Mitgliedsstaaten müssen sich Historiker zu Wort melden, wenn sie nicht vergessen werden wollen.

### Zeitgeschichte als Geschichte der Gegenwart

Ein dialogisches Verständnis von Geschichtsschreibung bedeutet, dass die neuen Entwicklungen der Gegenwart nach historischen Erklärungen verlangen, die über Zäsuren wie die von 1989/90 hinausgehen. Da die zwei Jahrzehnte seitdem nicht nur als Nachgeschichte erzählt werden können, sollten sie als eine im Entstehen begriffene Epoche behandelt werden, die nach einer eigenen Vorgeschichte verlangt. Der Titel der amerikanischen Zeitschrift »Current History« deutet darauf hin, dass sich der gleitende Übergang, in dem Gegenwart zur Geschichte wird, nicht von selbst vollzieht, sondern bereits von Interpretationen der Akteure, Journalisten und Wissenschaftler strukturiert wird. Zweifellos ist in dieser jüngsten Zeitgeschichte wegen der Unvollständigkeit der Quellen, der Offenheit der Zukunftsentwicklungen und der emotionalen Beteiligung des Beobachters das Risiko von Fehlurteilen größer. Aber gleichzeitig bietet die Gegenwartsgeschichte auch höhere Chancen der Einflussnahme auf künftige Beurteilungen, gesellschaftliche Standortbestimmungen und politische Entscheidungen<sup>34</sup>.

In der historiographischen Situation des beginnenden 21. Jahrhunderts hat eine Beschäftigung mit der »jüngsten Zeitgeschichte« ungeahnte Freiheiten in der Auswahl von Methoden und Themen. Die Debatte zwischen postmodernen Kritikern und traditionalistischen Verteidigern historischer Methoden hat zu einem gewissen Kompromiss geführt, der einerseits linguistische Analysen der Meistererzählungen, andererseits aber auch das Festhalten an sauberen empirischen Methoden akzeptiert<sup>35</sup>. Dadurch hat sich ein konstruktivistisches Verständnis von Geschichtsschreibung durchgesetzt, das die Rolle des Historikers in der Forschung, Darstellung und Interpretation stärker betont, ohne die handwerklichen Standards der Zunft deswegen zu vernachlässigen. Auch haben die diversen *turns* (*iconic*, *spatial* und andere) die Quellen wie das methodische Rüstzeug vervielfältigt. Gleichzeitig hat sich durch die Kulturalisierung die Palette der Themen wie etwa einer Geschichte der Emotionen enorm erweitert<sup>36</sup>.

33 Adam ROBERTS, Timothy GARTON ASH (Hg.), *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-Violent Action from Ghandi to the Present*, Oxford 2009.

34 Klaus GROSSE KRACHT, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005; vgl. als Beispiel Konrad H. JARAUSCH, *Die unverhoffte Einheit*, Frankfurt a. M. 1995.

35 Chris LORENZ, *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie*, Köln 1997 versus Richard J. EVANS, *In Defense of History*, London 1997; vgl. Matthias MIDDELL (Hg.), *Dimensionen der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte*, Leipzig 2007.

36 Julia SCARAMUZZA, *Zeitgeschichte nach 1989 – Theorien, Themen, Methoden*, in: *clio-online*, 3. Juni 2010; und Bodo MROZEK, *Deutsche Zeitgeschichte. Die Kultur des Sorry-Sagens*, in: *Tagesspiegel*, Ausgabe vom 1. Dezember 2010.

Dennoch lassen sich für die Gegenwartsgeschichte einige Desiderata formulieren, die ein Abgleiten in die Beliebigkeit verhindern könnten. Zunächst ist die jüngste Zeitgeschichte in den Gesamtzusammenhang des 20. Jahrhunderts einzubetten, weil dieser den langfristigen Entwicklungshintergrund liefert. Aus der Perspektive der beiden letzten Jahrzehnte stellt sich zudem die Frage nach den Zäsuren neu: Statt die politischen Systemwechsel von 1918, 1933, 1945 und 1989 zu privilegieren, kommen andere Einschnitte in den Jahren 1929, 1948 oder 1973 in den Blick, die strukturelle, sozio-ökonomische Veränderungen betreffen. Eine problemorientierte Demokratiegeschichte wird auch die Entwicklung der Massenpolitik im Kontrast zu den plebiszitären Zügen der ideologischen Diktaturen anders akzentuieren. Schließlich wird eine Globalisierungsgeschichte den Aufstieg und Fall der fordistischen Produktionsweise aufgrund zunehmender internationaler Verflechtung in neuer Weise thematisieren wollen.

Für die direkt vorangegangene Epoche ist eine wichtige Aufgabe die Integration der beiden gemeinsamen, jedoch in zwei Staaten getrennten Nachkriegsgeschichten als Vorgeschichte der Vereinigung. Die vorherrschende separate Behandlung der Bundesrepublik und der DDR ist mittlerweile obsolet, weil beide Entwicklungen ohne den Konkurrenten unverstänlich bleiben. Das eigentliche Problem dabei ist die Methode. Zunächst bietet sich aufgrund der Zweistaatlichkeit ein systematischer Vergleich beider Staaten an, der Demokratie und Diktatur kontrastiert. Aber Bundesrepublik und DDR waren auch eng miteinander verflochten, schon allein wegen der gemeinsamen Vorgeschichte des Dritten Reichs und der vielfältigen familiären Beziehungen. Ein weiterer Ansatz wäre eine blockübergreifende Problemgeschichte, welche unterschiedliche Reaktionen auf gemeinsame Herausforderungen herausarbeitet. Dabei geht es nicht um eine Gleichsetzung, sondern um die Analyse der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten<sup>37</sup>.

Noch im Entstehen begriffen ist in der Gegenwart die Perspektive der Transnationalisierung, welche die vielfältigen Aspekte der Beziehungen über die eigene Nation hinaus auszuloten versucht<sup>38</sup>. Auch die traditionelle Geschichtsschreibung ist voll von Kriegen, Krisen und Konfrontationen, die ein Gegenüber jenseits der eigenen Nation voraussetzen. Seit 1945 gilt die wissenschaftliche Aufmerksamkeit zudem dem Prozess der europäischen Integration, der durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes auf dem Kontinent Frieden stiftet und ein neues, noch etwas unbestimmtes politisches Gebilde hervorbringt<sup>39</sup>. In letzter Zeit geht es vor allem um die vielfältigen Dimensionen der Globalisierung als einer Geschichte der weltweiten Interaktionen durch Wirtschaftsaustausch, Kulturkommunikation und Migration. Auch wenn solche Themen manchmal allzu modisch erscheinen, wäre es für Historiker der Gegenwart nicht an der Zeit, sich diesen unterschiedlichen Herausforderungen zu stellen?

- 37 Christoph KLESSMANN, Peter LAUTZAS (Hg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Schwalbach am Taunus 2006; Konrad H. JARAUSCH, »Die Teile als Ganzes erkennen ...«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 10–30; DERS., *Divided, Yet Reunited – The Challenge of Integrating German Post-War Histories*, in: *H-German*, 1. Februar 2011.
- 38 Gunilla BUDDE (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006; vgl. auch die Diskussion über Transnationalisierung auf *clio-online*.
- 39 Alexander NÜTZENADEL, Wolfgang SCHIEDER (Hg.), *Sonderheft der Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft* 20 (2004) zum Thema »Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa«; Christoph BOYER, *Die Einheit der europäischen Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2007), S. 487–496; Constantin GOSCHLER, Rüdiger GRAF, *Europäische Zeitgeschichte seit 1945*, Berlin 2010.